

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

7. Juli 2026

Kurzprotokoll über die Sitzung des Kultur- und Schulausschusses
vom 02.07.2026

- Öffentlich -

1. Umsetzung Ganztagsanspruch an den SBBZ

Der Kultur- und Schulausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1.1 Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst keinen Antrag auf Einrichtung von Ganztagsschulen gem. § 4 a Schulgesetz BW zu stellen. Für das SBBZ mit dem Förderschwerpunkt Lernen im Rohräckerschulzentrum Esslingen befindet aufgrund der Trägerschaft die Stadt Esslingen.
- 1.2 Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage 050/2026 dargestellte Strategie weiterzuverfolgen und sukzessive die Ganztags- und Ferienbetreuung für vom Rechtsanspruch betroffene Schülerinnen und Schüler (SuS) auszubauen. Innerhalb eines Testzeitraums von einigen Jahren sollen Erfahrungen über den Bedarf und die Nachfrage gesammelt werden, sodass im Anschluss das Konzept evaluiert und bei Bedarf angepasst werden kann.
- 1.3 Das bisherige Konzept der Nachmittags- und Ferienbetreuung bleibt zunächst bis zu einer Evaluation unverändert bestehen. Allerdings werden vom Rechtsanspruch betroffene Kinder bei der Platzvergabe bevorzugt berücksichtigt. Außerdem entfällt bei der Ferienbetreuung ab den Sommerferien 2027 das Angebot einer Schülerbeförderung für alle teilnehmenden Kinder.
- 1.4 Die Verwaltung wird beauftragt, für Nachmittags- und Ferienbetreuungsangebote an den SBBZ die Gebühren neu zu kalkulieren, eine entsprechende Satzung zu erarbeiten und diese zur Beschlussfassung in der Frühjahrssitzung 2027 einzubringen. Die Gebührenkalkulation soll sozial ausgewogen und dennoch unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Haushaltslage erfolgen.

2. SBBZ für Schülerinnen u. Schüler in längerer Krankenhausbehandlung - Anmietung von Räumlichkeiten des Klinikums Esslingen

Der Kultur- und Schulausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 2.1 Von der Kostenentwicklung wird Kenntnis genommen.
- 2.2 Die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 0,65 Mio. EUR wird hiermit gem. § 84 Abs. 1 GemO genehmigt.

- 2.3 Die Verwaltung wird beauftragt die Maßnahme für eine Förderung nach dem LuKIFG (Sondervermögen) anzumelden.

3. Verschiedenes

3.1 Durchführung einer Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen

Der Vorsitzende führt aus, dass bereits im Rahmen der vergangenen Sitzungen über einen Schulentwicklungsprozess gesprochen worden sei. Aktuell führe man Gespräche mit potenziellen Beratungsbüros, um ein geeignetes Büro zu ermitteln, welches kompetent und verlässlich bei dem bevorstehenden Schulentwicklungsprozess unterstützen könne. Aus den Erfahrungen vergangener Schulentwicklungsprozesse seien drei Punkte besonders wichtig. Die systemische Kenntnis der baden-württembergischen Bildungslandschaft, insbesondere Erfahrungen mit dem beruflichen Schulwesen in Baden-Württemberg und ein hohes Verständnis für innovative Zukunftsthemen.

Gemeinsam mit den Schulleitungen, den Kammern und dem Regierungspräsidium beziehungsweise dem Kultusministerium werde man in der nächsten Zeit das Leistungsbild schärfen, sodass man in der Herbstsitzung einen Fahrplan vorstellen könne. Dies ermögliche es zudem, Anregungen von den Fraktionen vor einer Beauftragung im Pflichtenheft zu berücksichtigen und aufzunehmen. Darüber hinaus sei geplant, dass sich das entsprechende Büro in der Herbstsitzung vorstelle. Aufgrund der großen Herausforderungen, der Komplexität und der breiten Beteiligungsformate gehe man davon aus, dass man bis zum Frühjahr 2028 die abschließenden Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung präsentieren könne. Diese Ergebnisse würden eine wesentliche Grundlage für die Machbarkeitsstudie zu einem möglichen Neubau des Berufsschulzentrums in Esslingen-Zell bilden. Die Machbarkeitsstudie solle im Laufe des Jahres 2028 begonnen werden.

Der Vorsitzende sei überzeugt, dass dies der richtige Weg sei, mit der Unterstützung eines erfahrenen Büros die aktuellen Trends und Entwicklungen zu beleuchten. In den gegenwärtigen Zukunftsthemen liege großes Potenzial, das gehoben werden solle. Das berufliche Schulwesen sei gravierenden Veränderungen wie der Transformation und soziodemographischen Entwicklungen ausgesetzt. Dabei müssten bildungspolitische Weichenstellungen und Synergieeffekte durch die Digitalisierung, etwa durch digitale Zwillinge oder multifunktionale Werkstätten, zwingend untersucht und berücksichtigt werden.

Wie bekannt sei, treibe die Schulen auch das Thema Schulabsentismus mit großer Sorge um. In diesem Themenfeld habe man noch Haushaltsanträge zu beantworten. Es sei geplant, in der Herbstsitzung einen Erfahrungsbericht über die Einführung von AVdual und des Regionalen Übergangsmanagements (RÜM) einzubringen sowie die noch offenen Anträge in diesem Kontext zu beantworten. So könnten die Erfahrungen auch in den Schulentwicklungsprozess einfließen.

Der Kultur- und Schulausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

3.2 Prüfung Landesmedienzentrum durch den Landesrechnungshof BW

Der Vorsitzende erklärt, dass seit bald zehn Jahren über die Änderung des Medienzentrengesetzes BW und die Struktur sowie die Aufgaben- beziehungsweise Kompetenzverteilung des Medienzentrenverbunds, also dem Verbund aus dem Landesmedienzentrum und den Kreismedienzentren, verhandelt werde. Er sei sehr froh, dass sich Herr Keil in seiner Funktion als Vorstand der Kreismedienzentren hochengagiert, kompetent und kompromissbereit in diesem Prozess einbringe. Dieser Prozess sei leider zum Erliegen gekommen, da das Land unter andrem keine Möglichkeit sehe, zusätzliche Aufgaben auch zusätzlich zu finanzieren. Aktuell komme hinzu, dass der Landesrechnungshof in den vergangenen Monaten das Landesmedienzentrum intensiv geprüft habe. Am 20. Juli werden im Rahmen einer Pressekonferenz die Ergebnisse des Berichts vorgestellt. Es sehe so aus, als könne dieser Bericht öffentliche Diskussion auslösen. In diesem Kontext sei es ihm ein wichtiges Anliegen nochmals klarzustellen, dass sich die Inhalte des bevorstehenden Berichts an das Landesmedienzentrum und nicht an die Kreismedienzentren richte.

Der Kultur- und Schulausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

3.3 Sommerlicher Hitzeschutz an Kreisschulen

Kreisrätin Riemer erkundigt sich aus aktuellem Anlass nach dem Antrag, den ihre Fraktion im letzten Jahr gestellt habe, zum aktuellen Stand des sommerlichen Hitzeschutzes an den Kreisschulen. Sie fragt, nach dem Umsetzungsstand der Wasserspender und wie die Lage in der vergangenen Woche gewesen sei. Konkret wolle sie wissen, ob kurzfristige Lösungen gefunden worden seien.

Amtsleiter Eggenweiler erläutert zunächst, dass es an den Schulen bei solchen Hitzewellen unabhängig von den umzusetzenden Maßnahmen heiß sei. Externe Experten wurden hinzugezogen; so habe man sich beispielsweise die John- F. Kennedy-Schule angeschaut. Schnelle Lösungen gebe es nicht, wenn man spürbare Erfolge erzielen wolle.

Insgesamt sei bei diesen Temperaturen nur mit entsprechenden Klimaanlage eine spürbare Abhilfe erreichbar. Für die Zukunft müsse geprüft werden, ob zumindest Teile der Schulen dauerhaft klimatisiert werden sollen.

Zu den Trinkwasserspender führt er aus, dass einige Schulen bereits über Fördervereine ausgestattet seien. An der John- F. Kennedy-Schule gebe es keinen, hier habe man aber über einen Wasserhahn eine Übergangslösung geschaffen, sodass Mitarbeitende und Schülerinnen und Schüler Wasser entnehmen können. Die Philipp-Matthäus-Hahn-Schule habe ebenfalls noch keinen Trinkbrunnen. Grundsätzlich seien die Schulen jedoch ausgestattet. Konzeptionell wolle man alle Trinkbrunnen zusammenführen. Es sei hierfür eine gebündelte Ausschreibung vorgesehen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass dies eine ehrliche Einschätzung sei. Das Thema sei eher ein Marathon als ein Sprint. Man habe das Thema im Blick und arbeite kontinuierlich daran.

Der Kultur- und Schulausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

3.4 Sporthalle PMH-Schule weiteres Vorgehen

Kreisrat Stephan erklärt, dass sich die FDP-Fraktion für die von der Kreisverwaltung am 22. Juni 2026 für die Mitglieder des KSA und ATU organisierte Vor-Ort-Besichtigung an der Sporthalle der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule in Nürtingen bedanke. Diese Sporthalle sei schon seit Jahren dringend sanierungsbedürftig. Entscheidend sei für seine Fraktion, dass in der bisherigen Halle auf Grund deren begrenzter Raumsituation kein lehrplangerechter Unterricht und infolgedessen auch keine Abschlussprüfungen stattfinden können. Daher stelle seine Fraktion folgenden Antrag:

1. Die Kreisverwaltung berichtet im nächsten KSA und ATU über das weitere Vorgehen in Sachen Sporthalle an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule Nürtingen und stellt entsprechend Vorschläge zur Abstimmung mit den Kreisgremien vor.
2. Der Kreistag beschließt noch im Jahr 2026 über das konkrete weitere Vorgehen.
3. Entsprechende Planungs- und Investitionsmittel im erforderlichen Umfang werden in den Entwurf des Kreishaushalts 2027 aufgenommen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die genannten Punkte derzeit bereits konzeptionell von der Verwaltung aufgearbeitet werden. Hier gelte jedoch Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Daher könne er nicht versprechen, dass Ergebnisse bereits in der nächsten Sitzung vorliegen; gegebenenfalls werde dies erst in der übernächsten Sitzung der Fall sein.

Der Kultur- und Schulausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

gez.
Marcel Musolf
Landrat